



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 73 / Oktober 2008

Liebe Leserin, lieber Leser,

dieser Straßburg-Brief erreicht Sie deshalb so spät, weil ich als Türkei-Expertin meiner Fraktion direkt im Anschluss an die Plenarwoche mit einer Delegation des Umweltausschusses zu Gesprächen mit der türkischen Staatsregierung nach Ankara reisen musste. Im Umweltschutz und bei der Lebensmittelsicherheit hat die Türkei sehr große Probleme. Hinzu kommt, dass man dort ganz offensichtlich versucht, im Hauruckverfahren Fakten zu schaffen, bevor die EU Einspruch erheben kann. So sollen z.B. über 800 Staudämme gebaut werden, von denen einige wertvolles Natur- oder Kulturerbe vernichten oder den Nachbarstaaten buchstäblich „das Wasser abgraben“ würden ...

Nun aber zur Oktober-Plenartagung, die übrigens wieder in Straßburg stattfand: Zentrale Themen waren u.a. der EU-Haushalt 2009, Flughafenentgelte, eine Richtlinie zu Leiharbeit und der Ganzkörper-Scanner. Parlamentspräsident Hans-Gert Pötering gab bekannt, dass der diesjährige Sacharow-Preis für geistige Freiheit am 17. Dezember 2008 offiziell an den in China inhaftierten Bürgerrechtler Hu Jia verliehen werden soll, was postwendend zu heftigen Protesten der chinesischen Staatsregierung führte. Und schließlich vergab das Europäische Parlament seinen mit 87.000,- Euro dotierten LUX-Preis zur För-

derung des europäischen Films an die Belgier Jean-Pierre und Luc Dardenne für ihren Film "Lornas Schweigen".

EU-Haushalt 2009

In erster Lesung befasste sich das Europäische Parlament mit dem EU-Haushalt 2009. Von den ursprünglich eingeplanten 134,4 Milliarden Euro sollen im laufenden Haushaltsjahr 116,7 Milliarden Euro ausgegeben werden. Das EU-Budget bleibt somit auch im kommenden Jahr unter den Obergrenzen des Finanzplanungszeitraumes 2007-2013. Vorrangig wollen wir EU-Programme für Wachstum und Beschäftigung sowie Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels fördern. Wachsender Finanzierungsbedarf besteht zudem für Aufgaben der inneren und äußeren Sicherheit sowie der Außenpolitik. Am 21. November 2008 werden die Delegationen des Parlamentes und des Rates versuchen, eine Einigung zum Haushaltsentwurf 2009 zu erzielen.

Transparente Flughafenentgelte

Flugreisende zahlen nicht nur für die reine Transportleistung, sondern u.a. auch für die Nutzung des Flughafens. Die Höhe dieser Flughafengebühren ist bisher aber nicht nachvollziehbar und oft genug ein Ärgernis. In zweiter Lesung nahmen wir daher eine Richtlinie zu Flughafenentgelten an, die für mehr Transparenz sorgen soll. Auch werden künftig unabhängige Aufsichtsstel-

len in den Mitgliedstaaten Streitfragen zwischen Flughafenbetreibern und Fluggesellschaften klären. Die neue Regelung findet Anwendung auf Flughäfen mit mehr als 5 Millionen Fluggastbewegungen, in jedem Fall aber auf den größten Flughafen eines jeden Mitgliedstaates. Folgende Flughäfen in Deutschland fallen unter den Anwendungsbereich: Berlin-Schönefeld, Berlin-Tegel, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, Köln/Bonn, München und Stuttgart. Wir erwarten, dass die Richtlinie zu einer Preissenkung bei Flugtickets führt.

Bosnien näher an der EU

Auch das geplante Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) der EU mit Bosnien und Herzegowina war Thema der Debatte. Das EP forderte eine rasche Ratifizierung dieses Abkommens, das die demokratischen Strukturen in Bosnien festigen und die Handelsbeziehungen mit den EU-Mitgliedstaaten fördern soll. Gleichzeitig mahnten wir eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Behörden Bosniens und Herzegowinas an, da der Gesamtstaat gestärkt werden muss. Für besonders dringlich halten wir die geplante Verfassungsreform.

Arbeitsbedingungen für Leiharbeit

Die Leiharbeitsbranche boomt seit Jahren in der EU, aber die Arbeitsbedingungen für in Leiharbeit Beschäftigte sind oft miserabel. Trotzdem blockierte der EU-Ministerrat sechs Jahre lang eine Richtlinie, die diese Arbeitsbedingungen verbessern soll. Schon die alten 15 EU-Mitgliedstaaten hatten also Schwierigkeiten, sich auf eine gemeinsame Regelung zu einigen, und mit dem Hinzukommen der 12 „Neuen“ 2004 und 2007 verzögerte sich der so genannte „Gemeinsame Standpunkt“ des Rates weiter. Nun endlich lag uns der Vorschlag der 27 EU-Mitgliedsregierungen vor, den wir dann auch umgehend billigten. Ziele sind der Schutz der Arbeitnehmer, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Entwicklung neuer, flexibler Arbeitsformen. Be-

sonders wichtig ist uns, die Gleichbehandlung der verschiedenen Arbeitnehmer in entleihenden Unternehmen sicherzustellen. Die Verankerung des Nichtdiskriminierungsgrundsatzes in der Regelung trägt zu größerer Transparenz und somit zu einem Vertrauenszuwachs für den Sektor bei.

Ganzkörper-Scanner

Wären Sie damit einverstanden, dass Ihnen wildfremde Menschen „unter die Wäsche“ gucken? Die EU-Kommission hat damit offensichtlich keine Probleme, denn sie will den so genannten „Ganzkörper-Scanner“ auf die Liste der zulässigen Verfahren zur Personenkontrolle auf Flughäfen setzen. Der Scanner erstellt mittels elektromagnetischer Strahlen ein dreidimensionales Bild, auf dem die Person ohne Kleidung erscheint. Dadurch können am Körper befestigte, nichtmetallische Gegenstände, wie Keramikmesser oder Plastiksprenstoff, entdeckt werden. Nach heftiger Debatte erhob das Europäische Parlament Einspruch gegen das Vorhaben der Kommission. Mitentscheiden können wir in diesem Fall allerdings nicht, denn er unterliegt dem „Regelungsverfahren mit Kontrolle“, d.h. die Kommission muss das EP nur anhören. Ich persönlich halte das Vorhaben für eine unglaubliche Zumutung. Ein solcher Eingriff in die Privatsphäre ist durch Nichts zu rechtfertigen! Leider ist das letzte Wort zum „Flughafen-FKK“ noch nicht gesprochen...

Bis zum nächsten Mal grüßt Sie herzlich

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:

Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512

Büro Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383

E-Mail: rsommer@europarl.eu.int

www.renate-sommer.de